

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1909**

300 (23.12.1909) Zweites Blatt

Redaktion u. Expedition: Luisenstraße Nr. 24. Karlsruhe. Telephon 125.

# Volksfreund

Druck und Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie. Karlsruhe. Geschäftszeit 7-1/2 Uhr.

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

## Zweites Blatt.

### Die Lage der städtischen Arbeiter in Freiburg.

Schluss.

Betrachten wir die Submissionsbedingungen zum Schutze der Arbeiter bei Vergebung städtischer Arbeiten. Straßburg und Mühlhausen haben ein wohlgeordnetes Kostensystem, in welchem Minimallohne, Arbeitszeit usw. fest fixiert sind. Ausdrücklich hat man dort festgelegt, daß, soweit Tarifverträge im Gewerbe vorhanden sind, dieselben vom Unternehmer anerkannt werden müssen. Für Verufe, in welchen keine Tarife existieren, ist man den Anträgen der Arbeiterkassen entgegengekommen. In Mannheim hat man durch Ausschluß koalitionsrechtlicher Unternehmer von städt. Arbeiten und Lieferungen das Koalitionsrecht gesichert. In Freiburg aber zahlt die Stadt nicht einmal ihren eigenen Arbeitern die im Privatgewerbe üblichen Löhne, geschweige denn, daß man vorbildlich wirkt. Halbberedete Maßregelungen, nutzlose Plakereien sind gegenwärtig in Freiburg viel eher zu Hause, als fortschrittliche Maßnahmen.

Dann die Kosthandarbeiten und die Arbeitslosenversicherung, welche im Zusammenhang mit einander stehen. Beides sind jüngere Zweige in der Arbeiterfürsorge und noch nirgends richtig ausgebildet. Immerhin werden die beiden Punkte andernorts besser behandelt, wie in dem durch günstige Steuerhältnisse begünstigten Freiburg. In Straßburg wurde 1907/08 für etwa 6-700, 1908/09 für etwa 700, 1909/10 ebenfalls für etwa 700 Arbeiter Kosthandarbeiten der verschiedensten Art vorgezogen. Die Frage der Kosthandbeschäftigung der gelernten Arbeiter in ihren Verufen wird gegenwärtig erwogen. Mühlhausen hat ebenfalls in den letzten Winter etwa 500 Arbeiter mit verschiedenen größeren Kosthandarbeiten beschäftigt. Freiburg hat, als im letzten Jahre die Frage der Kosthandarbeiten auf wurde, erst deren praktische Einrichtung in Straßburg studieren lassen. In Straßburg werden 220 M. an Ledige, 250 M. an Verheiratete ohne Kinder, 270 M. an Verheiratete mit bis zu 4 Kinder und 290 M. an solche mit mehr Kindern bezahlt. Mühlhausen zahlt 260 M. an Ledige und 3 M. an Verheiratete. Gewiß sind diese Kosthandarbeiterlöhne nicht ausreichend. Freiburg aber bezahlt an vollbeschäftigte städtische Betriebsarbeiter 3,15 und 3,25 Mark, was erhalten da die Kosthandarbeiter? Ebenso stellt es mit der Frage der Arbeitslosenversicherung. Straßburg zahlt zu der Arbeitslosenversicherung der Gemeindefürsorge eine Beihilfe von 50 Prozent, Mühlhausen für Ledige 70, Verheiratete 80 Prozent. Diese Städte haben gehandelt. In Freiburg wird die Frage „erwogen“ und „beraten“, „beraten“ und „erwogen“, es wird „gebetet“ und „getrostet“, aber beschlossen wird nichts! Man vertritt es wirklich dem Mannheimer Stadtvertreter, daß er sich auf der Karlsruher Arbeitslosenversicherungskonferenz dem staatl. Projekt gegenüber wenig günstig ausgesprochen hat. Von dem Freiburger Stadtvertreter ist dies zwar nicht bekannt, vielmehr hat sich der Vertreter der Handwerkskammer auf der Konferenz dafür ausgesprochen. In Wirklichkeit ist aber auch die Liebe der Freiburger Verwaltung für die Arbeitslosenversicherung nur sehr platonischer Art, d. h. sie betätigt sich nur im Reden. So wenig wie in Mannheim, hat man bis jetzt in Freiburg etwas für dieselbe ausgegeben; verbleibt man aber die Art der Behandlung der Arbeiterfragen in beiden Städten, so kann man mit ziemlicher Sicherheit darauf rechnen, daß trotz seiner, gegen Freiburg ungünstigeren Steuerhältnisse, Mannheim zuerst eine Arbeitslosenversicherung erhalten wird.

In der Schulratsfrage steht Freiburg ebenfalls zurück. Allerdings handelt es sich auch hier wieder „bloß“ um

Kindern der ärmeren Schichten, denen diese Einrichtung zugute kommen soll. Man verweist so gern auf die Kliniken und die damit verbundene unentgeltliche ärztliche Behandlung. Diese segensreichen Einrichtungen sollen nicht unterschätzt werden. Verfehlt aber wäre es, zu glauben, daß diese Institute aus purer Menschen- und Arbeiterfreundlichkeit von der bestehenden Masse eingerichtet und befürwortet werden. Im Gegenteil! Dieselben dienen in sehr hohem Maße zur Bereicherung der Kenntnisse der Ärzte und des Heilpersonals, die sich wieder in erster Linie aus den Besitzenden rekrutieren. Mindestens aber können Kliniken den Schularzt nicht ersetzen.

Aus dieser Art der Behandlung von Arbeiterfragen ist zur Genüge ersichtlich, daß in der Freiburger Stadtverwaltung eine Massenpolitik im vollsten Sinne des Wortes einzureichen droht, teilweise auch eingereicht hat. Der Umstand, daß die Behandlung der Fragen selbst in der langwierigsten Form erfolgt, ändert nichts an den Tatsachen, daß bei der Behandlung jahrelang nichts herauskommt und dann schließlich der gebärende Berg von einem Mäuselchen entbunden wird. Das ist freilich nicht sehr verwunderlich, denn, wo dank eines ungerechten Wahlsystems, eine Reihe von Stadtvätern bald 20 und mehr Jahre die gepolterten Stadtratsesseln drücken, und damit beinahe jeder Gefahr einer ernsthaften Kritik oder gar einer Veränderung entrückt sind, da ist es erklärlich, wenn auch nicht entschuldigbar, wenn Gefühl und Verständnis für Arbeiterfragen verloren gehen. Die Herren haben die Macht und scheuen sich nicht, sie auszunützen.

Für die Arbeiterschaft aber sollten diese Vorgänge eine ernste Mahnung sein, sich ihren Organisationen anzuschließen. Namentlich gilt dies den Gemeindearbeitern, die es tagtäglich an ihrem eigenen Leide verspüren, daß man ihre Lebensverhältnisse ungenügend löst, um die reichen Leute mit sechs und mehr Zimmern ja nicht so sehr zu belästigen. Gerade die Verhältnisse der städtischen Arbeiter bilden in erster Linie den Prüfstein sozialer Fähigkeit und Denkart und deshalb müssen die städtischen Arbeiter ganz besonders ihre Organisation stärken, damit die öffentliche Kritik nachgehalten werden kann. Aber auch die übrige Arbeiterschaft dürfte daraus erkennen, wie notwendig es ist, den Vertretern der Interessen der besitzenden Bevölkerung auf dem Freiburger Rathaus gegenüber die Arbeiterinteressen mit allem Nachdruck zu betonen.

An die Stadtverwaltung dagegen erlauben wir uns die Frage zu richten: Wie lange müssen die städtischen Arbeiter noch darben, bis sie eine Verbesserung erhalten? Wie oft muß der Bürgergesandtschaft noch zusammenzutreten und wieviel Projekte müssen noch erledigt werden, bis man einmal Zeit für die städtischen Arbeiter findet?

K. B.

### Badische Chronik.

#### Offenburg.

— Zur Bahnhofsfrage schreibt man uns: Seit zwei Monaten ist nun der Bahnhof im wahren Sinne des Wortes im Betrieb und bis heute sind die Arbeiter zum Umbau des Aufnahmegebäudes nicht vergeben. Wenn diese Zustände so weiter gehen, wann soll dann der Umbau fertig werden? Wo frant es hier wieder?

— Die Eisenbahnerversammlung, welche letzten Sonntag im Unionaal — die Kofphalle war an diesem Tage nicht zu haben — stattfand, war äußerst zahlreich von organisierten und nichtorganisierten Eisenbahnern besucht. Seitens der eingeladenen Landtagsabgeordneten waren anwesend die Herren Morgensthaler, Monach, Wittemann, Ködel und Seubert. Der Obmann Schaub begrüßte und eröffnete die Versammlung, um alsbald dem Referenten, Verbandssekretär Seini, das Wort zu erteilen. In zweifelhafte Darlegungen zeigte der Referent, wie nötig eine Neuordnung der Lohnordnung, der Dienst- und Ruhezeit, der staatl. Entschädigungs-

pflicht der wegen körperlicher Gebrechen zurückgesetzter Eisenbahner und wie nötig die Uebernahme von nichtlanggestellten langjährig tätigen Arbeitern in das Beamtenverhältnis sei. Ueber die nicht selten rohe und grobe Behandlung der Arbeiter durch ihre Vorgesetzten wäre auch ein kräftiges Wort hier am Platze gewesen. Der Referent wies auf die unglaubliche Tatsache hin, daß nichtlanggestellte Arbeiter nach 40jähriger Dienstzeit mit einer jährlichen Gabe von 400 M. abgedankt werden, er verlangt deshalb, daß jeder Eisenbahner nach zehn Jahren etatmäßig werde, um doch wenigstens nach 40 Jahren die gelebte Pension von 1100 M. zu erhalten. Es wäre nicht übertrieben und unchristlich gewesen, wenn gleich betont worden wäre, daß ein paar Hundert Mark mehr heute das Minimum bilden, wenn eine Familie nicht hungern soll. Bezüglich der Ruhezeit stellte der Referent fest, daß in Baden ein Eisenbahnarbeiter nur alle 21 Tagen eines Ruhetages sich erfreue, während in der Schweiz jede Woche ein freier Tag zugesprochen ist. Der Referent fand auch keine Worte für eine Kürzung der Tagesarbeitszeit. Der Nachmittagsruhe für die Büroarbeit der unteren Beamten ist seit Jahrzehnten eingeführt. Oben ist die Schaffenszeit noch weit länger und unkontrolliert. Der Referent beklagte das gegenwärtig geübte Sparanleiensystem, nach welchem nur mit Arbeiterentlassungen oder Ueberbürdung niedriger Angestellten mit allerlei neuen Dienstpflichten operiert werde und dies gerade jetzt bei der ungeheuren Lebensmittelerhöhung! Der Herr Referent hätte können darauf hinweisen, daß in der Budgetkommission von arbeiterfreundlicher Seite verlangt wurde, zwei badische Gesandtschaften zu lassen; da wären über 100.000 M. disponibel geworden zum guten Teil abgezogen und abgeschwunden Eisenbahner. Der Redner stellte des weiteren fest, daß von den 27.000 Eisenbahnern in Baden nur 10.000 etatmäßig angestellt seien. Es sei deshalb nötig, daß durch stromame Organisation gerechtere Zustände erwirkt werden. Leider scheiterte dies an der unglaublichen Gleichgültigkeit vieler Eisenbahner, die wohl ihr Geld fassen, jetzt in der Weihnachtszeit wohl vor den prächtigen Schaufenstern und mit Waren überfüllter Läden stehen, aber kein Geld haben zum Einkaufen. Leider sei oft Geld zu übertriebenem Trunk, aber nicht die paar Pfennige zur Organisation parat. In stumpfer, gedankenloser Weise würde oft geschimpft: Das beste wäre, die badische Bahn würde preussisch. Aber nur weil die Leute nichts lesen, kommen sie auf so absurde Ideen. Die vorhandenen Organisationen und vieles Erreichte ginge unter Preussens Faust wieder verloren. Zum Schluß wurde folgende Resolution angenommen:

Die am 19. Dezember im Unionaal in Offenburg tagende stadt. Besuche öffentlicher Eisenbahner-Versammlung erklärt im Einverständnis mit der Ausführung des Referenten, daß die von großh. Eisenbahnverwaltung im letzten Jahre getroffenen Maßnahmen auf dem Gebiete der Arbeits- und Dienstverhältnisse durchaus nicht mit den gegebenen Vorschriften in Einklang zu bringen sind. Die Versammlung erwartet daher, daß von diesem System, das nur zur Erbitterung des unteren Personals führt, abgegangen wird, und den gerechten Wünschen und Anträgen, sowie dem Wohle des Personals die Beachtung zuteil wird, die man nach dem Grundsatz der ausgleichenden Gerechtigkeit zu verlangen berechtigt ist. Von der Volksvertretung erwartet die Versammlung, daß sie das vertritt, damit die berechtigten Forderungen auch endlich einmal zur Durchführung gelangen.

Einige Eisenbahner und Zentrumsabgeordnete sprachen noch einige Worte. Letztere wünschten, der Oberbaurat möge den Eisenbahnern die Erfüllung ihrer Forderungen bringen. Schöne Worte haben ja die Zentrumsherren, wenn es aber an erste Taten geht, verstummen sie.

**Kauft nur bei den Inserenten des „Volksfreund“.**

**In plombierten Säcken von netto 1 Ztr.**  
werden regelmässig an bestimmten Tagen der Woche

**Braunkohlen-Union-Brikets**

in den einzelnen Stadtteilen durch meine Fuhrwerke angeboten. Das **Union-Braunkohlen-Briket** eignet sich für **Herde und Oefen jeden Systems**, verbrennt mit **starker, langanhaltender Hitze**, ohne dabei merklich **Rauch, Geruch, Russ oder Schlacken** zu hinterlassen und lässt sich durch das ökonomische Verbrennen **Dauerbrand** erzielen und kostet

**Mk. 1.25 per Zfr. frei Keller oder Wohnung, gegen Kasse.**  
Ich übernehme auch zu vorstehendem Preis Abonnements auf regelmässige Lieferung beliebiger Mengen an bestimmten Wochentagen. — **Bei Mehrabgabe billiger.**

**H. Mülberger, Karlsruhe**  
Reederei. Kohlen, Koks, Braunkohlen-Briketts. 5941  
Kontor: Karlstrasse 29a. Grosses Lager am Rheinhafen. Telephon 250.  
Versand in Waggonladungen ab Werk und ab Rheinhafen.

**KLEINE KIOS-CIGARETTE** 2 1/2 & 3 1/2 Pfr.  
Türk. Tabak- & Cigaretten-Fabrik „Kios“ o. E. Robert Böhme, Dresden.

**Haar-Uhrketten**  
mit Beschlag von 10 Mark an. — 5 Jahre Garantie.  
Schöne Neuheiten.  
Reparaturen an Haarketten u. Beschlägen billigst bei  
**J. Heppes, Friseur, Karlsruhe,**  
Herrenstrasse 25. 5975

Empfehle mein reichhaltiges Lager in

**Schuhwaren**  
für Herren, Damen und Kinder  
in den verschiedensten Lederarten.  
Um zu räumen, gebe ich die Ware  
zu jedem annehmbaren Gebote ab.

Bemerkte noch, daß es sich um durchaus gute und reelle Ware handelt.

**Wilh. Müller, Mühlburg,**  
Geibelfstr. 4.  
Kein Laden.

